

Geheimes Mitglied
nachdem wir Anzeigen
der Sonn- und Feiertage.

Konventionenpreis
umfasst 60 Pf.
vierteljährlich 1.50 Mk.
jährlich 6.00 Mk. im Voraus.
Durch die Post bezogen
1.00 Mk. extra. Postgebühren
zusätzlich.

„Die Neue Welt“
(Anzeigungsvertrag)
durch die Post nach Berlin
bei 1.00 Mk. monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Verlag Dr. 1047,
Kriegswagen-Abteilung,
Postfach 1047/1048.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Halle-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Inserationsgebühren
besteht für die 6 gesonderten
Beilagen über den Raum
50 Pfennig
für einseitige Anzeigen
25 Pfennig.
Im extra-aktuellen Lichte
kann die Seite 75 Pfennig.
Interate
für die halbe Nummer
werden bestimmt, die be-
sondere halbe Nummer der
Anzeigen aufgeben
soll.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste.

Das Volk sprach!

Die Sozialdemokratie gewann in Ufedom-Wollin 1700 Stimmen!

Die Antwort auf die Erhöhung der Zivilliste!

Im Norden, im Süden, im Westen, im Osten: Auftrieb der Sozialdemokratie!

Raum ist die Werbung verlegen, daß wir in dem ländlichen Kreise Jauer-Landschut rund 1500 neue Wähler und Anhänger mustern konnten, so kommt schon wieder die Nachricht eines neuen großen Erfolges. In dem pommerischen Wahlkreise Ufedom-Wollin hat die Sozialdemokratie bei der gestrigen Reichstagswahl fast 1700 Stimmen gewonnen!

Die bürgerlichen Gegner haben beide 4000 Stimmen verloren — der Konservative 2000 und der Fortschrittler (Freisinnliche) 2000. Das Volk gibt die Quittung für die Verräterei der Volksparteien durch die kapitalistischen Parteien. Die Parteien des neuesten Byzantinischen Blocks wurden gleichmäßig auf Haupt geschlagen!

Dagegen haben die Fortschrittler bei der Stichwahl in Jauer, die gestern ebenfalls stattfand, noch einmal den „Eieg“ überwogen, weil sich dort der feste Byzantinische Block von Hauptbrand bis Fischbeck bewährte und die Konservativen haufenweise für den Fortschrittler stimmten. Ein Beweis dafür, daß die vorgeliebte Feindschaft zwischen den Junkern und Liberalen nicht so groß ist, als daß sie bei Stichwahlen nicht begraben würde.

Stellen wir zunächst die tatsächlichen Ergebnisse der beiden gestrigen Wahlen fest. In Jauer-Landschut ist entfallen bei der Hauptwahl am 1. Juni auf den sozialdemokratischen Kandidaten Arbeiterssekretär Proll 6488 Stimmen, auf den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei Oberbürgermeister A. D. Wüsthmann 6129, auf den konservativen Kandidaten Major a. D. Dröpper 3879, auf den Zentrumskandidaten Reichsbauw. Dr. Herchel 3823 Stimmen, während sich sechs Stimmen gesplitterten. Die Konservativen und Freisinnigen hatten ihre Anhänger bei der Stichwahl zur Wahl des fortschrittlichen Kandidaten aufgefordert, während das Zentrum Wahlenthaltung proklamiert hatte.

In der Stichwahl erhielt Wüsthmann 9042, Proll 7918 Stimmen. Die Konservativen sind demnach mit fast 3000 Stimmen ins liberale Lager abgerückt, während neben den sozialdemokratischen Parteien vielleicht an die tausend Zentrumswähler sozialdemokratisch stimmten. Der Sieg des Fortschrittlers erschien von vornherein wahrscheinlich, trotzdem ist er ihm sauer genug geworden. Daß die Sozialdemokratie bis zur allgemeinen Wahl im nächsten Jahre auch noch die fehlenden 1000 Stimmen holt, liegt im Bereich der Möglichkeit.

Sehr interessant und wichtig ist das Ergebnis im Wahlkreise Ufedom-Wollin. Bei den Wahlen im Jahre 1907 erhielten in der Hauptwahl der Konservative 8166, der Freisinnige Dr. Delbrück 6363, der Sozialdemokrat 6113 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann Dr. Delbrück mit 11011 Stimmen gegen 9415 konservative Stimmen.

Gestern nun erhielten: der konservative Kandidat v. Wühlendorff 6082 Stimmen, der Justizrat Dr. Herrendorfer (Fortschr. Volkspartei) 4299 Stimmen, der Sozialdemokrat Lagerbatter Kunze 7787 Stimmen. Vier kleinere Orte fehlen noch. Es findet somit Stichwahl zwischen Wühlendorff und Kunze statt. Die Wahlbeteiligung war eine schwächere als im Jahre 1907.

Auch hier ist, wie in Jauer, die Sozialdemokratie von der dritten an die erste Stelle gerückt, sie ist zur ersten

Partei des Wahlkreises geworden. Wir gewannen 1674 Stimmen, die Konservativen verloren 2074, die „Fortschrittler“ 2054. Das Volk hat auf das Bauwerk des Fortschrittlers vor der Krone und ihren üppigen Geldbedürfnissen gleich die richtige Antwort gefunden. Bravo!

Der Fortschrittler Fischbeck hat nach der Freiz. Ztg. gestern im Klassenhaufe gesagt, das Volk werde die Haltung der Fortschrittler in Sachen der Geldverschleuderung für den Hof „verstehen“, sein „moralisches Gefühl“ könnten ihm Wahlniederlagen nicht trüben. Sehr gut, Herr Fischbeck, das Volk hat Sie in der Tat „verstanden“, indem es in einer Massenflut von Ihnen abbrückte. Bleiben Sie mitamt allen Ihren Fortschrittler nur recht treu beim Hyantinischen Block, die Scharen Geldbedürfnisse lohnen die Treue schon (siehe Jauer!).

Aber wie sieht es nun bei der Stichwahl in Ufedom? Die Sozialdemokratie ist dem Junker um 1700 voraus, die Fortschrittler verließen (noch) über 4800 Stimmen. Was wird die „fortschrittliche“ Parteileitung machen? Ein interessantes Problem! Die Junker präsentierten bekanntlich schon vor ihren Jauerischen Hausseidensdiensten die Rechnung. Sie forderten von den Fortschrittler, sie sollten sich verpflichten, bei einer eventuellen Stichwahl in Ufedom zwischen Junker und Sozialdemokrat für den Junker zu stimmen, dann wäre ihnen in Jauer die konservative Hilfe sicher. Die Fortschrittler lehnten ab — weil sie nämlich die zofige Forderung hegten, selber in die Stichwahl zu kommen. Herr Herzfeld in Halle, der hier die Fortschrittler führt, wird über diese Ablehnung geradezu entsetzt gewesen sein, denn im vorigen Jahre telegraphierte er bekanntlich an seine freisinnigen Gesinnungsgenossen nach Landsberg: Wählt den Junker, sonst fallen wir in Halle durch! Wählt um Gotteswillen den Junker! — Die Freisinnigen haben das bei Stichwahlen ja immer so gemacht; 1907 lieferten sie 22 Kreise an die Reaktion aus.

Aber nun, aber nun! Im Erbschaftsteuerkampfe und im Wahlrechtskampfe haben die Fortschrittler gegen die Junker feste gebonnt und gewettert. Sie waren aus dem Völkchen hinausgeworfen worden, und gerade dieser Lage wurde ihr Parteigenosse Dernburg als letzter Mohikaner der „liberalen“ Aera von der Regierungskrippe weggeekelt. Das hinderte die unentwegten Fortschrittsmänner natürlich nicht, sofort wieder im Byzantinischen Block die Junker brüderlich abzuschnatzen. Wird der Byzantinische Block auch in Ufedom zusammenhalten? Werden die Fortschrittler den Junker retten, weil der Junker in Jauer den Fortschrittler rettete?

Die Stichwahl gewinnt in der Tat große Bedeutung. Unsere Genossen werden ihre Schuldbiligkeit tun, um auch in der Stichwahl — komme es wie es wolle — ehrenvoll abzuscheiden. Ihre tüchtige Arbeit wird getragen von der stolzen Gewißheit, daß das ganze arbeitende und freigeistige Volk mit ihnen ist. Die Sozialdemokratie bewährt sich überall als Anwalt der Massen.

Der Sozialdemokratie gehört das Vertrauen des Volkes! Sie ist die Hoffnung der Bedrückten, der Rechtslosen, der Volksfreunde, der freien Geister. Sozialismus ist Volksbefreiung.

Rüstigen Ganges schreitet er dem Siege entgegen.

Wie die Gesetzgebung arbeitet

für die Krone: Ankündigung einer Vorlage über die Erhöhung der Zivilliste 8. Juni 1910. Einbringung der Vorlage: 4. Juni 1910. 1. Lesung im Abgeordnetenhaufe 7. Juni 1910. Kommissionsberatung 8. Juni. 2. Lesung 9. Juni 1 Uhr 30 Min. (Schluß 2 Uhr 50 Min.). 3. Lesung 2 Uhr 30 Minuten. (Schluß 3 Uhr 30 Minuten). Zeit: 6 Tage.	für das Volk: Ankündigung einer Vorlageform als wichtigste Aufgabe d. Abgeordneten: 20. Oktober 1908. Einbringung der Vorlage: 4. Februar 1910. 1. Lesung im Abgeordnetenhaufe 10. Februar 1910. Endgültige Erbringung: 27. Mai 1910.
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ergebnis: 2 1/2 Millionen jährl. Kapitalwert.
85 Millionen Mark.

Das Gant Hohenzollern kann sechs Tage nach dem Bekanntwerden seiner Forderung die gewünschte Lohnerschöpfung im Betrage von 3 1/2 Millionen Mark einbringen. Winnen sechs Tagen ist die Dynastie um 85 Millionen — das ist der Kapitalwert der geforderten jährlichen Aufwände — reicher, das preussische Volk um denselben Betrag ärmer geworden. Gestern hat das Dreiklassenhaus alles bis auf den letzten Heller bewilligt. Im sogenannten „Erzentshaus“, das ja, um die Form zu wahren, auch noch Reichstag heißen muß, werden diesmal keine geringen Neben über die Sozialpolitik der Reichstag im Lande ohne Unterbruch der Partei baden und empfinden, sie hat es auch allein gewollt, die bei den Abgeordneten die Haltung einnehmen, die bei der Stimmung und dem Bewußtsein der unermüdeten Hunderttel des Volkes entspricht. In dem die Liberalen und Fortschrittler das Spiel des Byzantinischen Blocks mitspielen, drängen sie sich um alle glimfligen Ausflüchte, die sie sich in der letzten Zeit bei manchen kurzfristigen Stellen der Bevölkerung errungen haben mögen. Die inehrliche Haltung, die sie bei der Abstimmung über die Zivilliste ausgemerzt in der Rechnung eingewonnen haben, wird ihnen immer und immer wieder vorgezogen werden, wie sie gegen die Sozialdemokratie im Wahlkampfe liegen. Herr Fischer erzielte am Donnerstag den himmlischen Beifall der Konservativen, die, wie sie selbst erklärten, bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage auf den Beifall der Massen verzichteten. Der Redner der Fortschrittspartei ging in seiner Vorklärung für den Königsausschuß beinahe ebenso weit, indem er erklärte, daß er sich in seiner „monarchischen Gesinnung“ durch keine Wahlkurve bezirren lassen werde. Die Wahlen werden diese Sorte von monarchischer Gesinnung richtig zu schätzen wissen. Sie werden die Parteien zur Verantwortung ziehen, die die Wähler der üppigen Hofschätze mit den Steuergebern des Volkes stoffeln.

In wenigen Tagen wird der Landtag in die Ferien gehen. Er hat „positive Arbeit“ geleistet. Er hat sich als Hüter seiner parlamentarischen Ordnung einen Vollzeitleistungen bestellt! Er hat die berühmte „Selbstlosigkeit“, die die Krone im Jahre 1890 betätigt haben soll, jetzt nach den Vorbildern von 1889, 1898 und 1899 zum übernatürlichen mit hängenden Millionen honoriert. Er hat aber die Vorwörter-Ausflüchte des Papstes Männererben geschwungen — freilich ohne den Mut zu haben, auch einen Sozialdemokraten zu Worte kommen zu lassen! Was bedeutet es gegenüber dieser Summe „positiver Arbeit“, daß das Volk bei all diesem Treiben um Kurz gekommen ist! Dieser Landtag hat ja mit dem Volke nichts zu tun, er kennt es nicht, er weiß nichts von ihm, und das Volk will von ihm nichts wissen. Nur dadurch war es möglich, daß dieser Landtag wider Willen positive Arbeit für die Sozialdemokratie leistete, daß wir den Segen kaum fassen können. Denn so hoch die Sozialdemokratie auf den bisherigen Verlauf ihres Wahlrechtskampfes ist, den erfolgreichsten Winter des Reichstageshausesrechts und des ganzen nichtberechtigten preussischen Systems ist hoch die Wütte des Klassenrechts, der preussische Landtag selbst!

Die Borromäus-Komödie.

Der Sozialdemokratie wurde brutal das Wort verweigert! Aus dem Klassenhaufe schreibt man uns:
Das Dreiklassenhaus verweist es, mit Dampf zu arbeiten. Eine einzige Sitzung hat ihm genügt, um die pomphaft angekündigten Vorwörter-Interpellationen, die zweite und die dritte Lesung der dynamischen Diebesgabenerhöhung und dann

Portugal.

Die politische Lage.

Die gestern an der gleichen Stelle gebrachte Mitteilung von einem angeblichen „anarchistischen Komplot“ gegen die Regierung, das die Polizei ausser Acht gelassen hätte, wie die, von der Abankung des Königs Manuel, sind von uns gleich als Fata Morgana betrachtet worden. Daß die Nachrichten stark übertrieben waren, wird jetzt auch in Berlin an „gut unterrichteter Stelle“ bestätigt, wenn auch nicht in Abrede gestellt wird, daß die innere Lage in Portugal ungesund ist und ein lebhafter Kampf der politischen Parteien untereinander von neuem eingeleitet hat, der die Lösung der schwebenden Fragen erschwert. Einmalige Bündnisse zwischen dem Königs und damit in Zusammenhang stehende Kombinationen entbehren aber der tatsächlichen Unterlage.

Türkei.

Der Konflikt mit Griechenland

hat sich in den letzten Tagen sehr verschärft. In der ganzen Türkei hat eine Boykottbewegung gegen griechische Waren eingesetzt, die täglich an Umfang zunimmt. Die türkischen Konsuln in Saloniki erhielten aus Konstantinopel die Weisung, weder Viehle noch andre Konsuln von Griechenland entgegenzunehmen, oder solche eventuell

ausschließen. Die letzte Suspension der Schiffsausläufer sprach sich vorläufig gegen den Boykott gegen die griechischen Schiffe in Rawala und Roboto aus. Der Boykott ist bereits verhängt. — Der türkische Großvezir soll bei dem gestrigen Gespräch mit dem griechischen Gesandten Schvaris auf die große Erregung des Volkes hingewiesen haben, welche ein Vorgehen der Regierung gegen die Boykottbewegung unangenehm mache. Die Regierung föhnte höchstens Ratsschläge erteilen.

Mexiko.

Der Anblenkeraufstand

in Yulatan wird offiziell von der mexikanischen Regierung als ein Vorgang hingestellt, der nur lokale Bedeutung habe. „Uebelgesinnte“ hätten einige hundert indiansche Feldarbeiter aufgewiegelt. Diese überzogen die Kette, etwa 5000 Einwohner zählende Stadt Saladoch und verübten dort Verbrechen und Totschläge. Bundesstruppen trafen Mittwochs früh 40 Kilometer vor der Stadt ein. Die Kämpfer hätten sich teils den Truppen ergeben, teils in Verstecke geflüchtet. Man betrachte die Bewegung bereits als eingedämmt. — Dieser offiziellen Darstellung stehen andere Weisungen entgegen, nach denen die Aufstandsbewegung an Ausdehnung gewonnen hat. Mehrere bekannte Gegner des amerikanischen Präsidenten standen an der Spitze, von 800 Mann umweh Mexiko, wosin die mexikanische Regierung 2000 Mann ent-

sendete. — Eine in New York aus Vera Cruz eingetroffene Depesche besagt, daß die Behörden von Yulatan jede Auskunft über die Unruhen in Mexiko verweigern. Es wird berichtet, daß die Insurgenten-Indianer alle Frauen, die sie angetroffen haben, töteten. — Wie verlautet, hat Präsident Diaz seinen Konkurrenten um den Präsidentenposten, Francisco Rabero, verhaften lassen.

Aus der Partei.

Lebensliste der Partei. Der in Parteitreffen bekannte Parteimitglied Julius Geisler in Bismarck, im 49. Jahre alt, einem Herzschlag erlegen. Seitert hatte seit 1897 die Parteimitgliedschaft in Besitz und hatte während dieser langen Zeit manden Strauß mit den Behörden auszufechten und mande wirtschaftliche Schädigung von bürgerlicher Seite hinnehmen müssen.

Verantwortlich für Zeitartikel, Politische Uebersicht und Parteimitteilungen Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Heilungen und Vermischtes Karl Wodt, für Lokales Otto Diebuhl, für Provinziales und Verammlungsberichte Walter Leopoldt, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

Ein Schuhwaren-Extra-Angebot ohne gleichen!

Preise so billig wie nie zuvor!

Ferner
kommt zum Verkauf ein
grosser Posten
Reisemuster
und
Fabrikrestpaare
bis
zur Hälfte der regulären
Preise.

Wir bitten, die Schuhwaren aus dem Schaufenster zu verlangen.

**Wer diese Gelegenheit
nicht benutzt,
!! schadet sich selbst !!**

- Ein Posten **hohe Kinderstiefel** **1.28**
regulärer Verkaufspreis 1.80 1.65 pro Paar **1** ⌘

- Ein Posten **hohe Kinderstiefel** 25—30 **2.90**
regulärer Verkaufspreis 4.20 4.80 5.— 5.90 pro Paar **2** ⌘

- Ein Posten **hohe Kinderstiefel** 31—35 **3.90**
regulärer Verkaufspreis 6.50 und 8.00 pro Paar **3** ⌘

- Ein Posten **braune u. schwarze Damen-Halbschuhe** **5.90**
regulärer Verkaufspreis 7.50 pro Paar **5** ⌘

- Ein Posten **braune Damenstiefel** **5.95**
elegant, solide und leicht, vorzüglich im Tragen, regulärer Verkaufspreis 6.90 und 7.50 pro Paar **5** ⌘

- Ein Posten **schwarze Damenstiefel** **6.85**
sehr schöne Fassons, mit hohem und amerik. Absatz, regulärer Verkaufspreis 10.50 und 9.50 pro Paar **6** ⌘

- Ein Posten **schwarze Herrenstiefel** **7.80**
breite Form, schöne Sonntagsstiefel, regulärer Verkaufspreis 10.50 und 12.50 pro Paar **7** ⌘

Der Verkauf beginnt Sonnabend früh.

Gutermann & Co.

13/15 Grosse Ulrichstrasse 13/15.

**Auf alle Waren
trotz unserer billigen Preise
5% in Rabatt.**

**Auf alle Waren
trotz unserer billigen Preise
5% in Rabatt.**



Finanzminister nicht. Der Staat kümmert sich um die Opfer der Arbeitslosigkeit nicht. (Sehr wahr bei den Soz.) Dazu kommen dann 1400000 Mk. Unterhaltungs- und Hof- und Stiefelkosten. Für Stiefel sind im ganzen nur 13 Millionen auszugeben. Dabei kommt in Betracht, daß die Gewerkschaften auch vor allem Kampforientationen sind, die die Arbeiter zu Massenstreiks führen sollen. Den Kampfen der Gewerkschaften ist es zu verdanken, wenn die Löhne der Arbeiter heute höher sind, als vor 10 und 20 Jahren, nicht etwa der weiten Sozialpolitik unserer Regierung. (Sehr wahr bei den Soz.) Die Arbeiter zahlen ihre Beiträge an die Gewerkschaften mit Freuden, weil sie wissen, daß diese Beiträge kausale Früchte tragen. (Sehr wahr bei den Soz.) Wenn der Finanzminister auf die Steigerung der Löhne hinweist, die niemand bestritt, so fragt es sich auf der anderen Seite, wie viel die Arbeiter für die Soz. des Staates zahlen. (Sehr wahr bei den Soz.) Nicht man diesen Vergleich, so kommt man zu dem Schluss, daß die Lage der Arbeiter eher schlechter als besser geworden ist. (Sehr wahr bei den Soz.) Aber auch diejenigen meiner Parteifreunde, die der Ansicht sind, daß die Lebenshaltung der Arbeiter sich gehoben hat — es sind ja nur sehr wenige — weisen darauf hin, wie gewaltig groß der Unterschied zwischen den Einkommen der Besessenen und denen der Arbeiter geworden ist. (Sehr wahr bei den Soz.) Diese Kluff wird immer größer. Solche Klufferungen, wie die des Herrn von Rheinbaben, sind nur möglich in diesem Maße, so man das Wesen der Arbeiterklasse, die Arbeiter überhaupt nicht kennt, nur man sich für die Interessen der Arbeiter nicht interessiert. (Sehr wahr bei den Soz.) Der Minister scheint auch nicht zu wissen, daß viel öfter als Streiks von den Gewerkschaften inszeniert werden, die Gewerkschaften selbst von den Unternehmern angeführt werden. (Sehr wahr bei den Soz.) Weich der Herr Minister nichts von dem Kampf im Baugewerbe, wo brutal Hunderttausende von Arbeitern und Handwerfern, auch Christliche, von den Bauunternehmern auf das Pfahler geworden worden sind? Damit diese Opfer des Kapitalismus nicht umsonst sterben, dazu sind die Kassen der Gewerkschaften da. Sie sind für die Arbeiter die besten Sparanlagen. (Sehr wahr bei den Soz.) Der Herr Minister behauptet demgegenüber, wir hätten keine Kassen, als Vertreter der Arbeiterklasse aufzupfleisen. Wie froh wäre er, wenn auch nur der geringe Teil der Weichen, die auf unserer Seite stehen, seinen Ansichten folgen würden. (Sehr wahr bei den Soz.) Er stützt sich auf die Landtagsmajorität. Der Minister weiß doch aber, daß wir das geringste Wahlrecht noch nicht haben, und daß unter dem

das, wenn sie nur dazu beitragen können, die Arbeiter niederzuzupfehlen. Und mit ihrer Hilfe wird so abermals der Nationalismus der Unternehmer, der Staatsbreiter und Vaterlandseurende ins höchste Licht gerückt. Die Kontrolle über diese Dinge hat die Polizei. Wieviel weiß eine der höchsten Behörden, daß es in Deutschland Städte gibt, deren Weibchen sich nicht ganz so weit und tief auf die Seite der Unternehmern stellen, wie die in Halle. Hier sind die Arbeiter zugunsten der Unternehmern einseitig liegen geblieben, in anderen Städten sind sie von den Weibchen oder nicht ausperungsbereiten Unternehmern weitergeführt worden. Für die halleischen Bauarbeiter kann es angeht, daß der vertragsgewerkschaftlichen Vorbereitungen und der parteiischen Haltung der Weibchen nur eines geben, nämlich den festen Zusammenhalt zum Kampf bis zum äußersten. Die Verhandlungen, die morgen beginnen, werden das weitere je ergeben. Soja manche Leute in ihrer giftigen Arbeiterfeindschaft hingerissen werden, haben ein gebessertes Gedächtnis aus dem nahen Döberitz. Dort führt der Unternehmern Güterzeit 11. Döppin einen Neubau auf, dessen Weibcher ein Tierarzt ist. Der Unternehmern hat die organisierten Leute ausgespart, die öfter nachsehen, ob die Arbeit weitergeführt wird. Diese „Auspasserei“ bringt den treudeutschen Tierarzt in patriotische Aufregung. So redete er vor einigen Tagen einen ausgesparten Maurer mit „roter Salzwasser“ an und geachtete ihm dann eine Trench Krügele zu verabreichen. Wahrscheinlich aber hatte er den „Noten“, wie das mit dessen Partei andern Stellen auch schon wiederfahren sein soll, hart unterst, denn es soll ihm bei dem improvisierten Ringkampf gar nicht gut ergangen sein. Nichtsbeschönigend dürfte sich bei entsprechender Ausbildung ein sehr brauchbarer Neubau auf, dessen Weibcher ein Tierarzt ist, dergl. schöne Dinge entwickeln. Am Interesse seiner Zukunft nehmen wir davon Abstand, ihn etwa der rührenden Nemesis des Staates zu empfehlen.

Tagen sprechen. Das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß sei bei 1000. Das Urteil lautet, wie schon bekannt gegeben, auf 800 Mark Geldstrafe. Dem Angeklagten ist bemerkt worden, daß der Artikel beziehungsweise Anheft sei, die ganze Fassung lasse das erkennen. Die Erklärung könne höchstens beim Strafmaß in Betracht gezogen werden, der Angeklagte habe sich bei 1000 nicht einmal entzündet. Er habe außerdem die Strafe angenommen, ohne sich vorher nach ihrer Nichtigkeit erkundigt zu haben. Die hohen Vorstrafen hätten den Angeklagten bisher nicht veranlaßt, vorstrafend zu werden, es müßte deshalb auf eine empfindliche Strafe erkannt werden, und sei die vom Staatsanwalt beantragte Strafe angemessen.

Sir haben zu der Urteilsbegründung zu bemerken, daß der Vorliegende mit seiner Bemerkung: „ohne sich vorher zu erkundigen“ eine Behauptung aufstellt, die nicht ganz richtig ist. Er hat darüber weder den Angeklagten, noch sonst jemand befragt, und ob wir bei Aufnahme von Notizen vorstrafend geworden sind oder nicht, das können andere wohl ein wenig besser beurteilen, als Herr Schuster.

Auch ich es nicht richtig, daß die Erklärung Leopoldts erst dann erfolgt ist, als er vom Strafantrag Kenntnis erhielt. Am 9. April erfolgte die Erklärung, und erst Mitte April erfuhr er bei seiner Vernehmung, daß W. Strafantrag gestellt habe. Die Argumentation des Staatsanwalts beruht nur auf Vermutungen.

Gewerbegericht für den Saalkreis.

Die auf einmündigen Beschluß des Gewerkschaftsrates für Halle und Umgegend in Umlauf zu sendende Petition um ein Gewerbegericht für den Saalkreis hat folgenden Wortlaut:

In den Kreis-Ausschuß Halle a. S.

Für die Entschädigung von gewerblichen Streitigkeiten zu werden die Gewergerichte so zweckmäßig, das mögliche Ausdehnung derselben das Ziel aller Sozialpolitiker bildet. Diese Ueberzeugung hat in Frage kommenden Interessenten sich auf die erfolgreiche Wirksamkeit jener Gerichte zurückzuführen. Die aus dem Uebersichtsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter entspringenden Streitigkeiten so rasch als möglich zu schlichten, liegt im Interesse aller Beteiligten. Von hundert bei sämtlichen deutschen Gewerbegerichten abhängig gemachten Streitfällen werden achtzig innerhalb vier Wochen erledigt. Infolge der gleichzeitigen Zusammenfassung des Gerichts aus Arbeitgeber und Arbeitern finden die Interessen der beiden Gruppen gleichmäßig und faderabhängige Berücksichtigung. Die für die streitenden Parteien erschwerten Gerichtsstellen sind nur sehr gering.

Die Forderung auf obligatorische Errichtung von Gewerbegerichten für alle Orte ist immer dringender. Immer mehr industrielle Etablissements verlegen ihre Betriebe aus dem Land, namentlich auf die Umgegend von Großstädten, wo noch billiger Baugrund vorhanden ist.

Die Interessierten ersuchen deshalb hiermit um die Weisung auf § 1 Abs. 4 des Gewerbegerichtsgesetzes um die Errichtung eines Gewerbegerichtes für den Saalkreis.

In vielen Orten dieses Kreises befindet sich eine lebhaft entwickelte Industrie. Die Einwohnerzahl derselben beträgt über 80000 und würde somit eine überaus große Zahl von Arbeitern, welche ausgereicht nach die Errichtung eines Gewerbegerichtes entbehren, berechnen läßlich sein. In Kreisen, welchen bereits 18 Gewerbegerichte für mehrere Gemeinden und 85 für Kommunalverbände (Streifen). Mit Rücksicht auf die räumliche Ausdehnung des Saalkreises wird möglichst, gemäß § 10 letzter Absatz des Gewerbegerichtsgesetzes einzelne Spruchkammern einzurichten, und zwar etwa in Halle, Wettin, Könnern, und Böbejün, um den Interessenten die Aufforderung des Gerichts zu erleichtern.

Die Unterzeichneten bitten, die Errichtung des Gerichts recht bald vornehmen zu wollen.

(Unterzeichneten)

Die Petitionsbogen sind im Arbeiterssekretariat, Halle, Gutz 42-44, zu entnehmen. Die Genossen der Orte des Saalkreises werden gebeten, sich der Werbung von Unterschriften fleißig unterziehen zu wollen.

Ein Bengel für 800 Mark.

Gestern fand wie schon kurz mitgeteilt, vor der Schöberrammer eine Verhandlung gegen den Kollegen Leopoldt statt. Unter Vorlage fand folgende Notiz:

Wolken, 20. März. Ein 27-jähriger Bengel! Der Herr D. hatte seinen Namen im Alter von 27 Jahren bei sich zum Beweise. Die Strafsache für Ordnung und Gütigkeit bringen. „Haben Sie einen Bengel?“ fragte er die Nachbarin. Der Herr ist auch nicht viel älter als der so tituliert. Aber was würde er wohl tun, wenn er solchen Namen zugeteilt erhielt? Der Herr hat sich gerade genug beim Streit und in den Gerichtsfällen hervorgetan. Es wäre beinahe, er bequeme sich bald den Wänden der Verbilligung an.

Durch diese Notiz fühlte sich der Kollege Wölfer getroffen und stellte Strafantrag gegen seinen Verantwortlichen. In der Verhandlung vor der Schöberrammer erklärte Leopoldt, ihm sei die Nachricht von einem Gewächsmann übermittelt worden, er habe sie für richtig gehalten. Als er dann erfuhr, daß hier eine Verewählung des Namens mit einer Frau vorliege, habe er am 9. April folgendes Wiberuf veröffentlicht:

In eigener Sache!

Vor einiger Zeit brachte das Volksblatt unter dem Namen eine Notiz, in welcher behauptet wurde, daß Polizeiergent (Wölfer) habe auf einem Dienstage gegen einen jungen Mann beleidigende Feindungen gebraucht.

Ich bin bei Aufnahme dieser Sache leider getäuscht worden. Jene Äußerung hat der Polizeiergent nicht gemacht. Die Notiz und die daran geknüpften Folgerungen sind demnach hinfällig. W. Leopoldt.

Die Anklage behauptet, daß nicht Wölfer jene Frage gestellt habe, sondern daß eine Frau Wener den Ausdruck Bengel gebraucht habe. Es seien demnach unmaßbare Tatsachen behauptet, die geeignet sind, den Wölfer verächtlich zu machen.

Als Zeuge wird Kollege Wölfer vernommen, der auf Verlangen erklärt, seinen Strafantrag aufrecht zu erhalten. Er habe den Artikel im Volksblatt gelesen und am 30. März Strafantrag gestellt. Nachdem erst die Erklärung im Volksblatt gekommen, sei er sich bei ihm gewandt und habe Absicht tun wollen. Sein Gedächtnis an den Artikel hätten ihm unbenannte Leute öfter nachgeraten: „Bengel“, das kommt ja der Bengel“ u. s. w.

Auf die Vernehmung der Jungin Wener wird verzichtet.

Staatsanwalt Schulze hält den Artikel für lächerlich und beleidigend. Man habe damit in geistiger Weise dem Wölfer einen ausüben wollen. Daß der Beamte der Verachtung ausgelegt werden sollte, gehe aus den beiden letzten Sätzen hervor. Das Nachsehen sei die Folge des Artikels. Die Erklärung Leopoldts läßt überhaupt nicht in Betracht, sie sei erst nach Stellung des Strafantrages erfolgt. Die vielen Vorstrafen des Angeklagten und die Beschäftigte, die in dem Artikel enthalten sei, bedingen eine empfindliche Strafe. Er beantrage deshalb eine Geldstrafe von 800 Mark oder für je 5 Mark einen Tag Gefängnis.

Rechtsanwalt Eilenburg bemerkt, daß in dem Artikel eine Beleidigung nicht zu finden sei. Es handelte sich um Äußerung eines Mißverständnisses. Der Angeklagte müßte die Richtigkeit seiner Angabe anerkennen und annehmen, daß Wölfer den Ausdruck gebraucht habe. Nehme man dies an, so müßte man nach üblicher Nachprüfung auf Freisprechung erkennen, das Reichsgericht habe auch den Redakteuren bei Streifung derartigen Mißverständnisses Wahrnehmung berechtigter Interessen zugestanden. Die freiwillig abgegebene Erklärung müsse zugunsten des Angeklagten sprechen.

Der Kampf im Baugewerbe.

wo brutal Hunderttausende von Arbeitern und Handwerfern, auch Christliche, von den Bauunternehmern auf das Pfahler geworden worden sind? Damit diese Opfer des Kapitalismus nicht umsonst sterben, dazu sind die Kassen der Gewerkschaften da. Sie sind für die Arbeiter die besten Sparanlagen. (Sehr wahr bei den Soz.) Der Herr Minister behauptet demgegenüber, wir hätten keine Kassen, als Vertreter der Arbeiterklasse aufzupfleisen. Wie froh wäre er, wenn auch nur der geringe Teil der Weichen, die auf unserer Seite stehen, seinen Ansichten folgen würden. (Sehr wahr bei den Soz.) Er stützt sich auf die Landtagsmajorität. Der Minister weiß doch aber, daß wir das geringste Wahlrecht noch nicht haben, und daß unter dem

Terrorismus der herrschenden Klassen

eine große Zahl von Arbeitern nicht zu wagen kann, öffentlich zu stimmen. Bei den Reichstagswahlen traten trotz des Schicksals, mit dem man gegen uns arbeitete, 23 Prozent aller an der Wahl Beteiligten für uns ein. Das ist etwas mehr als 7 Proz. Die Zahl daß dem Herrn Minister nicht in den Stramm. Der Minister behauptet dann, daß in der Sozialdemokratie niemand seine Ansichten vertreten könne. Er hat jedenfalls hier die Sozialdemokratie mit den Staatsbetrieben verwechselt. (Sehr wahr bei den Soz.) Wer dort seiner Lebensgestaltung entsprechend wählt, steigt hinaus. (Sehr wahr bei den Soz.) Gerade in unserer Partei herrscht eine Meinungsfreiheit, wie in keiner anderen. (Sehr wahr bei den Soz.) Nach dem rechtlichen Selbstbewußtsein ist das Beizentum zu erklären, nicht auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms zu stehen, die Konsequenzen zu ziehen haben, und daß man sie in anderen Fällen die Tür von draußen zuzumachen läßt. (Wahr rechts.) Sie mögen ja auch keine in ihren Weiden behalten, die bei den Wahlen gegen uns stimmen. Wir können außerzuegenie und abhängig gebunden. Und gerade, weil die Begierden der sozialdemokratischen Arbeiter für ihre Partei so groß ist, haben wir so gewaltige Erfolge errungen, die uns auch der Herr Finanzminister nicht wird wegreiben können. (Sehr Weisung bei den Soz.)

Die Vorlage wird hierauf in dritter Lesung und in der Gesamtsitzung angenommen. Die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten wird nach einigen Bemerkungen des Abg. Dr. Wendtlandt (natl.) und des Ministers von Wollitz verhandelt auf Freitag 11 Uhr. (Außerdem Verhandlungen, zweite Lesung des Wohnungsgeldzuschußgesetzes. Zutritt beantragt.)

Schluss 4 1/2 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Salle a. S., 10. Juni 1910.

Den Unternehmern in Halle scheint an dem Frieden im Gewerbe nichts zu liegen. Im Gegenteil, durch Heranziehung ausländischer Arbeiter hintertreiben sie den Frieden und fordern die Arbeiter heraus. Sie und ihre gleichgesinnten Mitfahrtsmacher im Reich scheinen noch nicht genug kleine Gewerbetreibende in unser Land zu haben. Wenn man die bisherigen deutschen Verhandlungen in vielen Städten betrachtet, wird man das Gefühl nicht los, daß es sich hier um bewusste Friedenshöcker handelt. Nun, die Bauarbeiter in Halle kennen ihre Pappeneimer und haben sich entsprechend eingerichtet.

Sehr bemerkenswert ist die Stellung der Weibchen bei dieser Gestaltung des Kampfes. Den ausländischen Streikbrechern sind von den Weibchen in ihrem Verhältnisse unter Bezug auf die Differenzen in Deutschland die Weibchen bevorzugt worden. Trotzdem werden hier nicht von den deutschen Weibchen nicht nur geschuldet, sondern sogar geschickt. Die deutschen Weibchen verstoßen damit gegen das Völkerecht! Aber was kümmert sie

Wenn Sie erst wissen wie billig meine **neuen Schuhpreise** sind, werden Sie nur bei mir kaufen.

Kinder. **Herren.** **Damen.**

Rossi. Schuhtiefel, alles Weiber, 27-30 2/5, 31-35 3/5	Herren-Zugstiefel, alles Leder, 4 50	Braun echt Chevr., mit u. ohne Nadel, 6 80
Box-Schuhtiefel, garant. haltbar, 3 95, 4 40	Box-Schnürstiefel, nur gute Ware, 7 50	Schwarz echt Chevr., Orig.-Guth.-Welt 8 90
Sandalen, unterwischlich, 2 20, 2 80	Braun echt Chevr., o. Nadel, ameriz. Nieten, 6 80	Last. Spangenschuhe, Lederstoffe u. Stoff, 4 40

Schuhfabrik S. Jacob, Grosse Ulrichstrasse 45.

Kaufend billig offeriere einige Artikel.

Die Streikbewegung der Eisenbahner.

Aus Paris wird uns geschrieben: Theoretisch besitzen die Eisenbahngesellschaften in Frankreich das Koalitionsrecht, genau wie die Arbeiter der Industrie und der Landwirtschaft. Praktisch wird ihnen das Streikrecht jedoch durch die Regierung verweigert. Das zeigt wieder der Streik der Angestellten der Südbahn. Die Angestellten dieser Bahn traten aus Anlaß der Wahrgelung eines der ihren in den Streik. Sie fordern die Gleichstellung mit den Eisenbahnern der Hauptlinien (die Südbahngesellschaft wird zu den Kleinbahnen gerechnet), und einer Mindestlohn von 4 Mk. täglich. Trotzdem die Bahndirektion noch weitere Maßregelungen vornehmen will und sich weigert, hatte sie mit den Angestellten in Unterhandlung zu treten, schickte ihr die Regierung Genietruppen zu Hilfe. Die Aufrechterhaltung des Verkehrs, die öffentliche Sicherheit und die wirtschaftlichen Interessen sind die Gründe dieser Parteinahme gegen die Arbeiter. Die Regierung fürchtet aber mehr noch das böse Beispiel. Sie ist erst kürzlich knapp vor einem Streik der Staatsbahngesellschaften vorbeigekommen und die allgemeine Bewegung der Eisenbahner zur Erhöhung der Löhne läßt sie einen allgemeinen Ausstand befürchten. Deshalb sucht sie mit allen Mitteln und gegen alle Gesetze den Streik der Angestellten der Südbahn zu erdrücken, wie sie den Streik der eingeschriebenen Seelente durch Abkommandierung von Marinejohann abgewehrt hat. Nachdem nun auch die Angestellten einer benachbarten Kleinbahn in Streik getreten sind, dürfte es der Regierung schwer fallen, den Versuch auch nur teilweise aufrechtzuerhalten. Anders liegt jedoch die Frage, ob die Angestellten den Streik werden lange aushalten können. Ihre Gewerkschaften sind so ziemlich leer und da die Bahngesellschaften nicht angehalten werden, den Verkehr aufrechtzuerhalten, droht der Streik sich in die Länge zu ziehen. Die Bahngesellschaften können es unter den gegebenen Umständen nicht länger aushalten, wie die Angestellten. Nur wenn die anderen Bahngesellschaften durch Abkommandierung des nötigen Personals den bedrängten Gesellschaften zu Hilfe kommen würden, könnte die Situation sich zugunsten der Angestellten ändern, da dann der Streik auch auf die anderen Gesellschaften übergreifen und so zu einer allgemeinen, öffentlichen Salamiatti würde.

Zeit zwei Jahren her ist eine lebhafteste Bewegung der Arbeiter der Sand-, Kalk- und Steinbrüche, die Paris mit Baumaterial versehen. Diese Arbeiter, die sich aus ungelerten Arbeitern und den Arbeitslosen aller möglichen Berufe zusammenschloß, lebte bis dahin in geradezu ungläubigen Hoffnungen. Die systematische Alkoholisierung durch ein förmliches Kasino im Hand- und Fußgänger-Geist. Es ist dem Bauarbeiterverband gelungen, die Löhne zu organisieren, eine geregelte Arbeitszeit, die Sonntagsruhe und die Befreiung des Erndtens zum Durchsetzen. Zurzeit kreisten ein Teil der Steinbrucharbeiter, wobei es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Streikenden und dem herbeigeholten Militär gekommen ist. Auch hier steht die Regierung auf Seite der Unternehmer. Hier wie anderwärts.

Brüand einmütig!

Die Volksstimme, das Organ der syndikalistischen Gewerkschaftsorganisationen, veröffentlichte im vorigen Jahre einen antimilitaristischen Artikel, der dem verantwortlichen Redakteur Bignaud ein Jahr Gefängnis eintrug. Wohl nicht ganz zufällig war es genau der Artikel, den einige Jahre früher das antimilitaristische Blatt des Dept. Somme gebracht hatte, dessen Redakteur gleichfalls angeklagt, aber dank der Verteilung des damals sitzenden antimilitaristischen Rechtsanwalts Brüand (1) freigesprochen worden war. Jetzt, nach Ablauf von acht Monaten, also zweieinhalb der Straffzeit, hat Bignaud, wie üblich, um bedingte Entlassung nachgesucht. Aber die Justizverwaltung hat diese Maßregel, die sonst allgemein und selbst gemeinen Verbrechern gegenüber angewandt wird, abgelehnt. Der alte Generalstreitpostel hat gründlich Buße getan.

Verbandstag der Brauereiarbeiter.

k. r. Berlin, 9. Juni 1910.

8. Verhandlungstag.

Die Debatte über die Verschmelzungsfrage wurde heute fortgesetzt. Rager, Berlin trat für die Verschmelzung ein, indem er darauf hinwies, daß bei den gut organisierten Unternehmern eine starke Arbeiterorganisation gegenübergestellt werden müsse. Nachdem noch einige Redner die Verschmelzung befürwortet hatten, erhielt der Referent Engel das Schlusswort. Er ging auf die Einwendungen der Verschmelzungsgegner ein und trug nochmals die Gründe vor, welche für die Verschmelzung sprechen.

Als hierauf die Abstimmung vorgenommen werden sollte, protestierten einige Delegierte dagegen und verlangten, daß erst das gemeinsame Statut beraten werde, ehe die obige Abstimmung über die Verschmelzungsfrage vorgenommen werden könne. Ein dahingehender Antrag wurde nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt. Dann wurde im Prinzip darüber abgestimmt, ob der Verbandstag für die Verschmelzung ist. Mit 48 gegen 14 Stimmen stimmte der Verbandstag im Prinzip der Verschmelzung zu. Die Beratung der Statuten soll gemeinsam mit den Delegierten des Mühlenarbeiter-Verbandes vorgenommen werden.

Es folgte nun eine längere Sitzung, in der unter Ausschluß der Öffentlichkeit innere Verbandsangelegenheiten beraten wurden.

In der darauf folgenden öffentlichen Sitzung hielt Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt einen Vortrag über die Reichsversicherungsordnung.

Hierzu wurde ohne Debatte die Resolution angenommen, die der außerordentliche Gewerkschaftskongress zu demselben Punkt angenommen hat.

Gewerkschaftliches.

Wirkungen der Bauarbeiterausperrung.

Wie stark die Nebenbranche von der Bauarbeiter-Ausperrung in Mitleidenschaft gezogen werden, erhellt recht treffend das Ergebnis einer Umfrage an die Ziegeleibetriebe, das die Bauwelt veröffentlicht.

Für Ditzingen ergab sich zurzeit noch ein leidlicher Geschäftsgang, da die Füllbehälter nicht groß waren und nun abgelehrt werden konnten. Doch wurde schon damit gerechnet, daß es in nächster Zeit zu größeren Betriebsstörungen kommen würde. — Aus Sachsen wird ein beträchtlicher Schaden gemeldet. Die Bautätigkeit ruht. Die Ziegelkonvention enthält sich der Ablehnung. Einige Ziegeleien lieferten weiter. — In Hannover haben sich bedeutende Steinbrüche angeammelt, die Betriebsstörungen für die nächste Zeit zur Folge hätten.

Auch für Braunschweig wird eine Störung des Abflusses gemeldet und auf eine Beladung des Gefäßes nach dem bald zu erwartenden Friedensschluß hingewiesen. — Aus dem Rheinland wird von der Indurachführbarkeit der Materialspitze berichtet. Das Solidaritätsgesühl der Bauunternehmer, wobei als nicht genügend entwickelt bezeichnet, weil eine Anzahl erster Firmen sich von vornherein ablehnend verhielten und weiter arbeiten ließen. Die Bewegung, die anfänglich ziemlich kräftig einsetzte, sei im Aufkommen begriffen. Das Geschäft hat eigentlich nie gestoh und es werden von Tag zu Tag schon wieder neue Arbeiter eingestellt. — In Südbadland arbeiten die Ziegeleier während der Ausperrung auf Werrat. Das Frühjahr hat die Bestände fast völlig aufgebraucht. Bei längerer Dauer der Ausperrung hätte mit einer Neubearbeitung oder gänzlichen Stilllegung der Betriebe gerechnet werden müssen. — Aus Westfalen berichten die Ziegeleibetriebe ihre große Anteilnahme mit den Bauunternehmern, was gleich ihnen auch die Ziegeleibetriebe aus Erfahrung und Erfahrung teilen. Sie wollen die Bauunternehmer durch die Materialspitze unterstützen, „so es, was es wolle“.

Daß übrigens die Bauunternehmer bei den Ziegeleibettern so viel Verständnis und Gegenliebe für ihr Vorhaben fanden, die Mitwirkung der Arbeiter beim Arbeitsvertrage aufzugeben, ist nicht nur aus der Abhängigkeit erklärlich, in der sie sich gegenüber den Bauunternehmern befinden, sondern das bewirkt sicher auch der bei den Ziegeleibettern noch nicht gefährdete „Herz-im-Haule-Standpunkt“. Sie bestimmen damit den ungenügenden Organisation der Ziegeleiarbeiter heute noch fast uneingeschränkt über die niedrigen Löhne, langen Arbeitszeiten und sonstigen Arbeitsbedingungen. — Mit der Erzeugung der Organisation unter den Ziegeleiarbeitern werden auch diese Herren Unternehmer sich der Ansicht annehmen müssen, daß der Arbeiter nicht willenlos, lebendiges Arbeitsinstrument ist, sondern der wichtigste Faktor im Arbeitsprozeß, ein Wesen von Empfindungen, dem Fleisch und Blut, dem das Mitbestimmungsrecht im Arbeitsvertrage auf die Dauer nicht verwehrt werden kann. Dann dürfte ihre Liebe zu solchem Vorgehen, wie es das der Bauunternehmer in diesem Kampfe war, sich wohl ein wenig abkühlen.

Die örtlichen Verhandlungen im Baugewerbe

lassen in ihrem bisherigen Ergebnis und Verlauf durchaus nicht auf eine baldige endgültige Beendigung des Kampfes schließen. Fast alle örtlichen Verhandlungen, die bis jetzt stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen, da die Unternehmer auch den bestehenden Forderungen der Arbeiter gegenüber nicht das geringste Entgegenkommen zeigen. Sofern konnten wir berichten, daß aus diesem Grunde die Verhandlungen in Magdeburg und Essen gescheitert sind, heute kommt Hannover hinzu. Die Unternehmer versuchen natürlich ihre ablehnenden Verhalte damit zu begründen, daß sie die Forderungen der Arbeiter (Lohnerhöhung und Arbeitszeitverlängerung) als zu hoch und für sie unerfüllbar bezeichnen.

Es scheint, daß in dieser Methode, die Forderungen der Arbeiter hergerhand abzuweisen, System liegt, und daß die Herren Unternehmer ihre ganzen Hoffnungen auf das am 13. und 14. Juni in Dresden tagende Schiedsgericht setzen, von dem sie wahrscheinlich genug Unternehmerfreundlichkeit voraussetzen, daß sie glauben, daß es sich mehr auf ihren als den Standpunkt der Arbeiter stellen wird. . . Wenn das aber der Fall wäre und die Unternehmer der Meinung sind, daß die Arbeiter sich jedem Schiedsgericht bedingungslos unterwerfen werden, so sind die Herren mindestens schlecht beraten, und ihre Hoffnungen und Zettel werden auch ausfallen werden! — Wollen die Unternehmer keine nennenswerten Zugeständnisse machen, dann wird der Kampf eben weiter gehen. Nach dem Vertrag haben die örtlichen Organisationen das Recht, über Lohnhöhe und Arbeitszeit zu entscheiden; ein Recht, das ihnen das Schiedsgericht nicht nehmen kann, und das sie sich unter allen Umständen wahren werden.

Der Verband der Zithographen und Steinbruder im Jahre 1909.

Trotz der großen Arbeitslosigkeit, die besonders in den graphischen Berufen bei der anbauenden allgemeinen Krise

herrschte, hat sich nach dem sechsten veröffentlichten Klassenbericht der Verband der Zithographen und Steinbruder im Jahre 1909 weiter erfreulich entwickelt. Am Anfang des Jahres 1909 zählte der Verband 18 836 Gesellen und 8 117 Lehrlinge, am Schlusse des Jahres 17 506 Gesellen und 8 377 Lehrlinge in 157 Zahlstellen als Mitglieder. Das ist ein Zugang von 669 Gesellen und 160 Lehrlingen; dem Verbanne gehören also 90 Prozent aller Berufsangehörigen als Mitglieder an. — Die Arbeitslosigkeit war im Zithographenverband am stärksten von allen graphischen Berufen; auf je 100 Mitglieder kamen 15,4 Fälle von Arbeitslosigkeit (bei den Buchdruckern, die ebenfalls sehr unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten, waren es nur 14,8 und bei den Zithographen 14,4 Fälle). In Summa waren die Mitglieder im Zithographenverband in 9 078 Fällen mit 56 950 Wochen während der Erwerbslosigkeit durch Krankheit und Arbeitslosigkeit befreit, das ist ein Verlust an Mitgliederbeiträgen von 74 035 Mk.

Die Gesamteinnahmen betrugen im Jahre 1 069 940,76 Mk., die Gesamtausgaben 1 069 478,74 Mk., so daß ein Reinerüberschuss von 462,02 Mk. zu verzeichnen ist. Das Gesamtvermögen aller Klassen des Verbandes einschließlich des am Anfang des Jahres vorhandenen Kassenbestandes und der vorhandenen Anwartschaften in Liquidation, betrug am Schlusse des Jahres 814 928,88 Mk. In Ansehung der großen Arbeitslosigkeit, von der viele Mitglieder betroffen wurden und bedauerlich herausgelassen haben, Unterstellungen, kann der Verband mit dem Ergebnis des Jahres 1909 voll befriedigt sein. Möge er sich so weiter entwickeln.

Vom 22. bis 27. August hält der Verband in Hamburg seine Generalversammlung ab, der geforderte Vorschläge der Branchenvertreter über Berufsfragen vorzugehen. Der für die Generalversammlung vorgesehene Tagesordnungspunkt: Artikel bei Lohnbewegungen soll in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt werden.

Ein Zwangsarbeitsnachweis in der bergischen Eisenindustrie.

Eine von circa 70 Unternehmern der Eisenindustrie in Lüdenscheid beschlossene Verschmelzung beschloß die Einführung eines Zwangsarbeitsnachweises. Einige der größeren Firmen in Lüdenscheid verhalten sich noch ablehnend, während die meisten Industriellen des Saime, Berle- und Wolme-Landes sofort ihren Anschluß erklärten. Die Unternehmer nehmen diese Gelegenheit gleich wahr, um sich mit der einheitlichen Regulierung (will heißen Regulierung) der Arbeitskräfte zu beschäftigen. Die Lüdenscheider Metallarbeiter erhoben bereits in zwei Massenversammlungen entchiedenen Protest. Weitere Massenversammlungen finden demnächst in Altena, Plettenberg usw. statt.

Aus den Nachbarkreisen.

Mansteider Kreite.

Der diesjährige Kreite findet am 7. August in Gellera im Gasthof zur Sonne statt mit vorläufig folgender Tagesordnung:

1. Tagesbericht.
2. Anwesenheit.
3. Agitation und Organisation.
4. Presse.
5. Reichstags-Kundbäume.
6. Partei- und Bezirkslag.
7. Wahlen.
8. Anträge und Bescheidens.

Die Parteigenossen wollen die Delegiertenwahlen nach Maßgabe der Beschlüsse der Eisler Konferenz vom 28. März d. J. baldigt vornehmen und etwaige Anträge bis zum 15. Juli an den Vorstand gelangen lassen. Mit Parteigruss
Eisenleben, 6. Juni 1910.
Der Kreisvorstand.

Wiebestische Löhne und Lagen.

Unter dem 8. Juni „berichtigte“ die Wiebestische Verwaltung einen untreuen Artikel, und zwar schrieb sie: „Der Durchschnittslohn im Monat April hat auf untreu Grube Walters-Oeffnung betragen:

- 4,83 Mk. in der Tageslohn.
- 4,62 Mk. in der Nachtlohn.

Wenn hin und wieder Löhne unter 4 Mk. verdient werden, so liegt das, wie wir überhaupt hervorzuheben haben, häufig an dem mangelnden guten Willen oder an der geringen Leistungsfähigkeit einzelner. Es handelt sich übrigens nur um eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Fällen, in denen unter 4 Mk. verdient worden ist; die bei weitem größte Zahl der Löhner hat wesentlich über 4 Mk. verdient. Es ist also als eine Verherrlichung der Löhner zu bezeichnen, wenn behauptet wird, daß auf Grube Walters-Oeffnung die Ausnahmen die Regel bilden.“

Sie haben früher schon betont, daß die Verwaltung eine sehr löbliche Rechnung aufmachen muß, um ihre „Durchschnittslöhne“ herauszurechnen. Das ist auch auf Walters-Oeffnung der Fall, denn vor uns liegen abermals 14 Wiebestische Lohnzetteln vom April und Mai, auf denen nur 2 Löhne unter 4 Mk. verzeichnet sind.

Es wurden gezahlt im April an Häuser pro Schicht: 3,18 Mk., 3,67 Mk., 3,65 Mk., 3,99 Mk.; an Häuberteile: 2,90 Mk., 3,00 Mk., an Häuser: 3,78 Mk., 3,11 Mk., 3,78 Mk., 3,99 Mk., an Häuberteile: 3,51 Mk., 3,51 Mk., 3,48 Mk., 3,55 Mk., 3,55 Mk., 3,55 Mk., die Löhne werden nicht nur einzelnen Leuten gezahlt, sondern da stets mehrere zusammenarbeiten, erhalten sie auch stets den gleichen Lohn. Wie verhalten sich nun diese an Lohnzetteln stehenden Zahlen, die also nicht abgezinst werden können, zu den 4,83 Mk. betragenden Durchschnittslöhnen? Und wie verhält es sich mit dem Löhner 2,48 und 2,49 Mk. gezahlt! Der Schwundel ist also ein bißchen sehr durchsichtig.

Kostüme **Gelegenheitskäufe.** **Loewenthal's.**
Man sehe die Fenster!

Bei einer letzten Gelegenheit wurde dem Arbeiter S. einen "religiösen Fund" ...

am Dreifach und Arbeit nicht fortgesetzt werden wollte. Man darf sogar annehmen, daß der freiwillig seiner Arbeit mit dem ...

Schweigen, 9. Juni. Der gefasste Inobd. Wegen Cirkularisierungs wurde von der Halleischen Strafkammer ...

Wochen, 10. Juni. Waffenstillstand im Baugewerbe? Am 8. Juni fanden in Berlin die Einigungs-Verhandlungen ...

ruhig weiter arbeitet. - Der Kaiserliche Kommissar ...

Stille Götter. Bern, 9. Juni. Der katholische Pater ...

Die Schwärmer. Dresden, 10. Juni. Der Dresdener Kriminalpolizei gelang ...

Dunkel oder weißes Fleisch? Aber diese Frage schreibt Dr. Schönbauer im Natur- ...

Das neue Supplis-Mittel. Aus Berlin wird der Frankfurter Zeitung gemeldet: ...

Briefkasten der Redaktion. Rundschauvermerk. Das Sie paar Mann den großen ...

Literarische. Kunstwart. Der Berliner Waldklub wird im neuesten ...

Beit, 10. Juni. Sozialdemokratischer Verein. Die Versammlung am Mittwochabend war von 90 Personen ...

Mitteltell wurde dann noch, daß am Freitag, den 17. d. M., eine ...

Beit, 10. Juni. Für die Ausgeperrten. Die Lagerhalter des Bezirks ...

Beit, 10. Juni. Jugendbankrott. Sonnabend, den 11. Juni, abends ...

Beit, 10. Juni. Der Sozialdemokratische Verein hält Sonntag abends ...

Beit, 10. Juni. Ungültige bürgerliche Mandate. Vom Bezirksausschuß ...

Beit, 10. Juni. Der Streik der Schuhmacher ist augenblicklich ...

Beit, 10. Juni. Cirkularisierungsverfahren. Von der Halleischen ...

Beit, 10. Juni. Unreife Taten. Einen internationalen ...

Beit, 10. Juni. Waffenstillstand im Baugewerbe? Am 8. Juni fanden in Berlin die Einigungs-Verhandlungen ...

Beit, 9. Juni. Arbeiterkolonialität. Für die Familie des ...

Allerlei. Vom Witz gefaselt. Die Infolge der hohen Hitze in den letzten Tagen ...

Ein schreckliches Unglück riefte bei dem heiligen Gewitter ein ...

Am 10. Juni ...

Am 10. Juni ...

Am 10. Juni ...

Am 10. Juni ...

Am 10. Juni ...

Am 10. Juni ...

Am 10. Juni ...

Am 10. Juni ...

Am 10. Juni ...

Advertisement for 'Conrad Tack & Cie.' featuring 'Braune Chevreau-, Boxkalf- und Ziegenleder-Stiefel u. Schuhe' and 'Conrad Tack & Cie. Verkaufshaus Halle a. S.: nur Schmeerstrasse 1.'

